Datum:	03. August 2012
Medium:	derStandard.at
Thema:	Ein Jahr nach Pflegeregress neu Zahlen in der Steiermark stabil

Ein Jahr nach Pflegeregress neu Zahlen in der Steiermark stabil

Nach fünf Prozent Zuwachs an Betreuten davor - bisher drei Millionen Euro an Beiträgen von Angehörigen eingefordert - Kritik aus Betreuungseinrichtungen

Graz - Vor einem Jahr wurde in der Steiermark der Pflegeregress wieder eingeführt, und zwar zunächst nur für Neuzugänge und mit 1.1.2012 für alle Heimversorgten. Wie es aus dem Büro von Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) heißt, sei der Zeitraum noch zu kurz, um Entwicklungen ablesen zu können. Fakt ist, dass die Zahl der in Pflegeheimen untergebrachten Personen seither mit 10.400 stabil geblieben ist, wohingegen im Jahr davor ein Plus von fünf Prozent verzeichnet wurde.

Kinder zahlen für die Pflegeheimunterbringung der Eltern ab einem Nettoeinkommen von 1.500 Euro vier bis zehn Prozent und Eltern für ihre Kinder neun bis 15 Prozent. Seit Wiedereinführung - ein Vorgängermodell des Regresses war im Herbst 2008 abgeschafft worden - sind mit dem Stand Juli 2012 von den Familien von 7.000 der insgesamt 12.000 durch die Sozialhilfe unterstützten Personen ein Beitrag verlangt worden, was summiert drei Millionen Euro einbrachte. Derzeit seien in der Steiermark rund 2.000 Betten in stationären Einrichtungen nicht belegt, so die Information aus dem Ressort. Betont wird, dass die Weidereinführung nicht als Spar-, sondern als Lenkungsmaßnahme gesehen wird: Vor allem der Ansturm auf teure Pflegeheime sollte eingedämmt werden.

"Notwehrmaßnahme"

Landesrätin Edlinger-Ploder hatte bei der Einführung von "einer Art Notwehrmaßnahme" gegen den Bund und die unzureichende Pflegefinanzierung bezeichnet. Sollte es ein einheitliches, tragfähiges Finanzierungssystem geben, könne man auch wieder über die Abschaffung des Regresses reden. Vor einem Jahr hatte die VP-Politikerin ja aufhorchen lassen, als sie sich für die Finanzierung der Pflege auch durch eine reformierte Erbschaftssteuer - mit höherem Freibetrag - aussprach.

Die Betreuungseinrichtungen sehen die Entwicklung kritisch: In einem ORF-Bericht wurde von der Volkshilfe darauf verweisen, dass ein Ausweichen auf nicht adäquate Heimplätze erforderlich würde, beim Hilfswerk Steiermark hieß es, das sich mit der Erschwerung des Zugangs zur ersten Pflegestufe viele nicht einmal den mobilen Dienst leisten können und versuchten, alleine "über die Runden" zu kommen.